Abend-Blatt

85. Jahrgang. № 46.

Dresdner Nachrichten

Freitag, 28. Januar 1921.

Gegründet 1856

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zustellung, durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 6,50 M., vierteljährlich 19,50 M.

Anzeigen-Preise. Die 1spaltige 37 mm breite Zeile 2 M. Auf Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen- u. Wohnungsmarkt, 1spaltige An- u. Verkäufe 25%. Vorzugsplätze laut Tarif. Auswärt. Aufträge geg. Vorausbezahl. Einzelpreis d. Abendblattes 20 Pf.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden. Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.

Fernsprecher-Sammelnummer 25 241.

Nur für Nachtgespräche: 20011.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Englische Enttäuschung über Paris.

Die geringen Ergebnisse der Konferenz.

London, 27. Jan. Bei den meisten Blättern macht sich eine gewisse Ungeduld mit Bezug auf die bisherigen Ergebnisse der Pariser Konferenz bemerkbar. — „Pall Mall Gazette" schreibt: In diplomatischen Kreisen Londons sieht man die augenblickliche Lage der Konferenz als nicht sehr günstig an. Von maßgebender Seite wird versichert, daß die britische Delegation nicht die Absicht habe, länger als bis Sonnabend in Paris zu bleiben. „Evening Standard" schreibt in einem Leitartikel: Wer bei den Pariser Verhandlungen mehr Entschlossenheit erwartete, erlebe eine Enttäuschung. Die neue Konferenz scheine den Weg der vorangegangenen zu gehen. Frankreich wolle, daß Deutschland, das jetzt darniederliege, niedergehalten werde nicht nur in militärischem, sondern in jedem Sinne. Die englischen Staatsmänner hingegen seien der Ansicht, daß der Friede am besten dadurch gesichert werde, daß er erträglich gemacht werde.

„Daily Mail" weist in einem Leitartikel darauf hin, daß ein Mißerfolg der Pariser Konferenz ein Ereignis von ernstester Bedeutung sein würde. Man spreche bereits von einem baldigen Ende der Konferenz, bevor auch nur eine der lebenswichtigen Fragen, zu deren Erledigung die Konferenz zusammenkam, verhandelt wurde. Wenn dieses Gerücht sich bestätige, so spielten die führenden Männer der Konferenz ein gefährliches Spiel. Die Konferenz habe Schwanken bewiesen und Abneigung, den Tatsachen ins Auge zu sehen. Statt Zuversicht, habe sie nur Zweifel gefördert. Einigkeit habe bisher nur bei Beratung der allerwichtigsten Entscheidungen geherrscht. Ein positives Ergebnis von Bedeutung habe die Konferenz bisher nicht gezeitigt. (W. T. B.)

Anerkennung der Randstaaten.

Paris, 26. Jan. Nach dem amtlichen Berichte über die heutige Nachmittagssitzung hat die interalliierte Konferenz nach kurzer Besprechung beschlossen, schon jetzt Estland und Lettland rechtlich anzuerkennen. Die rechtliche Anerkennung Litauens aber müsse aufgeschoben werden bis zur endgültigen Regelung der Frage von Wilna, mit der der Völkerbund betraut worden sei. Die Konferenz erklärte formell, der Anerkennung Georgiens günstig gegenüberzustehen, wenn von diesem Staate ein formelles Ersuchen gestellt werde. Die nächste Sitzung der Konferenz wird Entscheidungen treffen über den Bericht der militärischen Sachverständigen.

Schuldknechtschaft auf mindestens 30 Jahre.

Paris, 27. Jan. Ueber den gestrigen Bericht Doumers werden jetzt Einzelheiten berichtet. So erklärte Doumer, daß die Gesamtentschädigungssumme, die Deutschland zu zahlen haben werde, mit **200 Milliarden** festgesetzt wurde, von denen 112 Milliarden auf Frankreich entfallen würden. Zur Bezahlung dieser Summe werde Deutschland 30 Jahre Zeit gelassen. Wenn es sich aber erweisen sollte, daß diese Frist zu kurz bemessen sei, werde man den Zeitraum verlängern. In Boulogne habe man von 42 Jahren gesprochen. Demnach werden die Jahresraten der Zahlungen Deutschlands über 6 Milliarden betragen. Das ist ½ Milliarde monatlich. Um dies zu ermöglichen, hätte Deutschland wie ein einfacher Bürger, dessen Schulden größer sind als seine Einnahmen zu verfahren, und es müßte daher **einen Teil seines Besitzes verpfänden** (!), wie z. B. Eisenbahnen, Bergwerke usw. Doumer erinnerte an die vielen Toten, die Frankreich zu beklagen habe, und an die verwüsteten Provinzen. Es brauche 54 Milliarden für Pensionen und 48 Milliarden für den Wiederaufbau. **Ohne diese Summen müßte Frankreich den Bankrott erklären.** Man sage, daß Deutschland dieselbe Gefahr bedrohe. Wenn aber ein Staat bankrott werden sollte, so sei es moralischer, wenn das Land bankrott gehe, das den Krieg begonnen habe. (!)

Lloyd George fragte Doumer nach seiner Ansicht über die Zahlungsweise Deutschlands. Doumer antwortete, daß **Deutschland vor dem Kriege 10 Milliarden** Goldmark exportiert habe, was nach der entwerteten Valuta heute 100 Milliarden Mark entspräche. Deutschland könne also diese Summen bezahlen und es bleibe ihm noch ein Rest für seine Bedürfnisse (!). Lloyd George meinte trotzdem, daß Deutschland dann keine Mittel zur Beschaffung von Rohstoffen haben würde. Doumer erklärte, das sei nicht seine Ansicht. Heute nachmittag will Doumer den genauen Vorschlag der Schuldsumme Deutschlands der Konferenz vorlegen.

Die Doumerschen Zahlen sind natürlich für Deutschland überhaupt nicht diskutierbar.

London, 27. Jan. In der Reparationsfrage stehen, einer Pariser Reuter-Meldung zufolge, die Engländer zu den auf der Boulogner Konferenz niedergelegten Ziffern. Der britische Standpunkt wird vollkommen von der belgischen Delegation unterstützt, welche die sofortige Festsetzung der gesamten deutschen Entschädigungssumme wünscht. Die französischen Delegierten scheinen bereit zu sein, diese Zahlen anzunehmen, jedoch unter der Bedingung, daß Frankreich nachträglich gewisse Zugeständnisse erhalte, daß ihm bestimmte Vorzugsrechte gewährt werden und daß die interalliierten Schulden gestrichen werden. Dies ist, Reuter zufolge, die Lage. Es besteht jedoch Grund zu der Hoffnung, daß im Verlaufe der nächsten Tage ein gemeinsamer Boden gefunden werde, auf dem sich die Alliierten in dieser wichtigen Frage einigen könnten.

Heikle Lage Briands.

Paris, 27. Jan. Gestern früh fanden auf dem von Briand den englischen Delegierten gegebenen Frühstück, dem auch Doumer und Loucheur beiwohnten, verschiedene Aussprachen statt. Aus allen Gesprächen scheint hervorzugehen, daß die französische Delegation unerbittlich auf ihrem Standpunkte beharrt und die strikte Durchführung des Friedensvertrages verlangt. Die Stellung des neuen Ministerpräsidenten Briand hängt von der Durchsetzung der französischen Forderungen ab. Sollte er von der Kammer neue Konzessionen über die Wiedergutmachung verlangen, so würden die Anhänger Poincarés ihn stürzen. Die Lage Briands ist als sehr heikel anzusehen. Er ist von einer doppelten Gefahr umgeben. Gegen sich hat er die englisch-italienische Delegation, die für ein Forfait (Pauschalsumme) eintritt, und hinter sich hat er das Parlament.

Lloyd George wird bewacht.

Kopenhagen, 27. Jan. Wie die „Nationaltidende" aus London erfährt, soll die Polizei in Paris besondere Maßnahmen zum Schutze Lloyd Georges getroffen haben, weil die unfreundliche Haltung der Pariser Zeitungen im Volke Schaden stiften könnte. Lloyd George werde ständig von französischen Geheimpolizisten bewacht, außerdem habe er zwei Detektive von London mitgebracht.

Die amerikanische Anleihe an Deutschland.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Washington, 27. Jan. Von Regierungsbeamten wird mitgeteilt, daß die Regierung und die Farmerverbände hinsichtlich der Frage nach der Gewährung einer Anleihe von einer Milliarde Dollars an Deutschland zwecks Ankäufen amerikanischer Produkte und Rohmaterialien gerade den entgegengesetzten Standpunkt einnehmen. Die Regierung sucht die Befürworter einer solchen Anleihe zu entmutigen. Bei dieser Opposition hat die Vereinigung des Farmerbundes der landwirtschaftlichen Kommission des Senates einen neuen Vorschlag über einen großen Kredit an Deutschland unterbreitet, wobei das deutsche Eigentum in den Vereinigten Staaten als Sicherheit dienen soll. Die Farmer versprechen sich von einer derartigen Anleihe die Emporhebung des Marktes für diejenigen Produkte, deren Preisrückgang die amerikanischen Farmer am meisten bedroht. Ein höherer Beamter des Außenministeriums erklärt, der Zeitpunkt für eine Milliardenanleihe an Deutschland sei zurzeit äußerst ungünstig, weil eine solche Anleihe die Alliierten noch mehr reizen würde, eine größere Summe aus Deutschland herauszupressen, und daß, wenn die Entschädigungskommission die Schadenersatzforderungen nicht feststellen werde, das amerikanische Volk überhaupt keine Sicherheit habe. Unzweifelhaft sei Deutschland, so erklärte der Beamte, über seine Zahlungsfähigkeit hinaus verschuldet. Dazu müsse man noch folgendes bedenken: **Wenn Deutschland wirklich ernsthaft arbeite und in großem Maßstabe produziere, so entstehe die Frage, ob Deutschland den Markt für seine Erzeugnisse finden werde. Es müsse diese losschlagen, wo es Geld erhalten könnte, und solche Märkte bieten nur England und die Vereinigten Staaten. Wenn Deutschland aber diese Märkte ausnutze, um die Kriegsentschädigungen zu zahlen, dann würden in Wirklichkeit England und die Vereinigten Staaten selbst die Entschädigung tragen müssen. Die Folge wäre, daß noch mehr amerikanische Arbeiter arbeitslos würden, da Amerika nicht in der Lage sei, mit den billigen deutschen Erzeugnissen zu konkurrieren.**

Genf, 27. Jan. „Herald" meldet aus Neuyork: Die neue deutsche Anleihe kann in Neuyork als gescheitert angesehen werden, nachdem der Senat den Gesetzentwurf zur Beratung gestellt hat, wonach auf die Dauer von fünf Jahren der Regierung untersagt wird, ausländischen Staaten neue Anleihen gewähren zu lassen.

Die amerikanische Ausfuhr nach Deutschland.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Washington, 27. Jan. Die Ausfuhr der Vereinigten Staaten nach Deutschland betrug im Dezember 7 557 688 Dollars an Wert.

Der amerikanische Uebergriff in Eberbach.

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

Heidelberg, 27. Jan. Zu dem amerikanischen Uebergriff in Eberbach erfahren wir noch folgende Einzelheiten: Der Haftbefehl, welcher anfänglich auf Mordversuch und versuchte Entführung lautete, ließ sich in dieser Form nach dem Ergebnis der vorläufigen Untersuchung nicht aufrechterhalten. Die Anklage wird gegen die Amerikaner nur auf Amtsanmaßung lauten. Der amerikanische Revolverschütze gibt an, daß er nicht beabsichtigt habe, auf die Autoinsassen selbst zu schießen. Er habe lediglich durch Schüsse in den Pneumatik die Flucht der Insassen vereiteln wollen. Es hat sich ergeben, daß tatsächlich der erste Schuß auf die Räder des Autos gerichtet war. Beim plötzlichen Anrucken des Wagens ist dann durch einen Stoß an die Waffe der zweite Schuß losgegangen und hat eine Insassin verletzt. Das Merkwürdige an der ganzen Verfolgungsgeschichte liegt darin und bedarf noch besonderer Aufklärung, daß die amerikanischen Polizeibeamten nicht nur im bestimmten Auftrage der amerikanischen Generalität in Koblenz gehandelt haben, um die beiden Gesuchten in Deutschland zu verhaften, sondern sie haben sogar von deutschen Behörden Ausweise bei sich, in denen als Grund ihrer Reise in das unbesetzte Gebiet die Festnahme von Arrestanten angegeben wird. Sie haben u. a. einen Ausweis der deutschen Polizeiverwaltung in Koblenz mit unleserlicher Unterschrift eines Polizeikommissars, in denen die deutschen Behörden ersucht werden, sie bei der Festnahme der Arrestanten zu unterstützen. So wurden auch die Behörden in Heidelberg um Mithilfe ersucht. Da Nordamerika sich mit Deutschland offiziell noch im Kriegszustand befindet, bekommt die ganze Angelegenheit einen besonderen Beigeschmack.

Koblenz, 27. Jan. Zu der Eberbacher Verhaftung äußert sich das hiesige amerikanische Hauptquartier ausweichend. Es behauptet, von der Angelegenheit nichts zu wissen.

Eine Erklärung im badischen Landtag.

Berlin, 27. Jan. Wie die Blätter zum Ueberfall in Eberbach bei Heidelberg melden, geben die beiden verhafteten Amerikaner an, daß sie im bestimmten Auftrage der amerikanischen Generalität in Koblenz gehandelt hätten. Im badischen Landtage sagte der Minister des Innern in Beantwortung einer Interpellation, daß der Ueberfall in Eberbach die ganze Ohnmacht Deutschlands zeige, und wies darauf hin, was das Ausland dem deutschen Volke biete, ohne daß dieses Aussicht habe, dafür Genugtuung zu erhalten. Der Minister schilderte sodann den Fall im einzelnen und hob hervor, daß die zwei verhafteten Amerikaner und ihre vier deutschen Helfershelfer ganz amerikanisch ausgerüstet waren und Waffen, Handschellen und Betäubungsmittel bei sich hatten.

Das amerikanische Rote Kreuz als Nobelpreisträger?

Kopenhagen, 27. Jan. Nach einem Telegramm aus Helsingfors hat der finnische Staatsrat dem Nobel-Komitee vorgeschlagen, den Friedenspreis für 1921 dem amerikanischen Roten Kreuz zuzuerteilen, das in großem Umfange die Leiden nach dem Kriege gelindert und die Beziehungen unter den Völkern gefördert habe. (WTB.)

Regierungskrisen in Braunschweig und Anhalt?

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 27. Jan. In Braunschweig und in Anhalt steht eine Regierungskrise in Aussicht. In Braunschweig erklärten die Führer sämtlicher bürgerlichen Fraktionen, daß sie nach den schlimmen Erfahrungen der gegenwärtigen rein sozialistischen Regierung kein Vertrauen entgegenbringen könnten. Die Entscheidung liegt jetzt bei den Neukommunisten, die der rein sozialistischen Regierung auch nicht gewogen sind. — In Anhalt ist die Kabinettskrise durch den Streit zwischen der Sozialdemokratie und der im Anhaltischen Lehrerverein vertretenen nicht sozialistischen Lehrerschaft entstanden. Die Sozialdemokratie verlangt, daß nur Mitglieder ihrer Partei auf mehrere zu besetzende Kreisschulinspektorstellen gesetzt werden, während die Lehrerschaft fordert, daß fachliche Befähigung ausschlaggebend sei. Infolgedessen sind zwei demokratische Staatsratsmitglieder zurückgetreten, was den Landtag vor die Frage der Auflösung stellt.

Die Beamtenräte.

Berlin, 27. Jan. Die Vorlage nach Errichtung von Beamtenräten ist aus dem Reichskabinett an den Reichstag gegangen. Die Einführung von Beamtenräten soll im Reiche und in den Bundesstaaten obligatorisch bis Mai erfolgen.

Die Aburteilung der Kriegsschuldigen.

Genf, 27. Jan. Dem „Temps" zufolge hat der Alliiertenrat den Antrag einer Ententemacht angenommen, wonach von Deutschland die Aburteilung der Kriegsschuldigen bis spätestens 30. April erwartet werden soll.

Der dritte Band von Bismarcks Gedanken.

Stuttgart, 26. Jan. Zwischen Cotta und dem Kaiser sind wegen Herausgabe des dritten Bandes von „Bismarcks Gedanken und Erinnerungen" Vergleichsverhandlungen eingeleitet, die aber bis jetzt noch nicht zu einem Abschluß geführt haben. Daher läßt sich auch über den Zeitpunkt der Herausgabe noch nichts Bestimmtes sagen. Dagegen ist, wie wir erfahren, die Herausgabe des Buches durch das Ausland in den nächsten Tagen zu erwarten.

Die österreichische Not.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Genf, 27. Jan. Nach Meldungen aus dem Wiener Finanzamt kann infolge der nicht genügenden Produzierung der Notendruckerei am 1. Februar wieder nur ein Teil der Beamtengehälter zur sofortigen Auszahlung gelangen.

Der „Temps" bespricht die österreichische Frage. Die französischen Sachverständigen hätten darüber beraten, wie Frankreich ohne neue Belastung seines Staatsschatzes an der Hilfeleistung teilnehmen könne. Es würde Oesterreich 20 Millionen Tonnen rumänische Kohle überlassen können, die Frankreich bereits bezahlt hat, aber wegen der Transportschwierigkeiten bisher nicht kommen lassen konnte. Es würde Oesterreich ferner deutsches Geld leihen können, um ihm den Ankauf von 200 000 Tonnen Kohle monatlich während eines Jahres zu ermöglichen. Es würde weiterhin einen Teil seiner Schuldforderungen an die Tschecho-Slowakei und an Jugoslawien mit insgesamt etwa 2 Milliarden an Oesterreich übertragen können. Die Pariser Konferenz habe aber gestern grundsätzlich beschlossen, daß die Hilfeleistung für Oesterreich der privaten Initiative überlassen werden solle.

Kommunistische Schandtaten in Ungarn.

Budapest, 27. Jan. In Fünfkirchen verhafteten zwei kommunistische Detektivs einen ungarischen Landmann unter dem Vorwand der Spionage. Er wurde ins Stadthaus gebracht, blutig geschlagen und dann vom zweiten Stockwerk hinuntergeworfen, worauf er bald verstarb. Beim Leichenbegängnis erschienen Hunderte von Ungarn. Auf dem Friedhofe umringten bewaffnete Kommunisten die Trauergemeinde und überfielen sie, um die Nationalschleifen von den Kränzen zu entfernen. Die Bürgerschaft wehrte sich und trieb die Kommunisten zum Friedhofe hinaus. Am anderen Tage verhafteten die Kommunisten die beiden Seelsorger, die am Grabe gesprochen hatten, und gleichzeitig wurde ein dritter Seelsorger verhaftet, ermordet und seine Wohnung geplündert.